

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

7.5.1931 (No. 106)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlshöhe
Nr. 933
und 934
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. N. B.
Karlsruhe

Preis: Monatlich 8,25 RM., einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen 25% Rabatt, bei Abbestellung 50% Rabatt. — In der Redaktion werden keine Anzeigen angenommen, die nicht in der Zeitung veröffentlicht werden können. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellungen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Gutachten der Brauns-Kommission

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung

Die Gutachterkommission für Arbeitslosenfragen legt der Öffentlichkeit jetzt den zweiten Teil ihres Gutachtens vor. Während dieser zweite Teil sich in seinem ersten Kapitel mit grundlegenden Wirtschaftsmassnahmen beschäftigt und die Beanspruchung von Auslandskapital zu erträglichem Zinsfuß befürwortet, um unsere kurzfristigen Kredite in langfristige zu verwandeln, behandelt das Gutachten in seinem zweiten Abschnitt eine Reihe von Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung. Dabei wird festgestellt, daß die Elektrizitätswirtschaft noch Raum für weitere wirtschaftlich zweckmäßige Investitionen bietet. Hierbei würde sich eine wissenschaftlich zweckmäßige Steigerung des Verbrauches an elektrischer Arbeit und damit eine bessere Ausnutzung der Kraftwerke durch die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken erzielen lassen. Große Entwicklungsmöglichkeiten sind auch auf dem Gebiete der Gaswirtschaft vorhanden. Hier würde insbesondere eine verstärkte Zugsprünghöhle der Ferngas- und der Zehngasversorgung zu Erfolgen führen. Die Anlegung von Durchgangsstraßen für den Fernverkehr und die Durchführung von Kanalbauten werden als ungenügend, im Hinblick auf die Notlage der Reichsbahn, angesehen. Als ein besonders geeignetes Feld für die Arbeitsbeschaffung sieht die Kommission die landwirtschaftlichen Melioration an. Die Kommission tritt ferner für zielbewußte Förderung der landwirtschaftlichen Züchtung ein.

Ein weiterer Abschnitt erörtert die Arbeitsbeschaffung unter Zugsprünghöhle öffentlicher Mittel und unterstützt die Bestrebungen, die zur Gründung der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten geführt haben. Die Kommission hält es im Rahmen ihrer Vorschläge weiterhin für erforderlich, daß auch die Gemeinden ihrerseits das Arbeitsbeschaffungsproblem energischer in die Hand nehmen. Dabei sollten in erster Linie langfristige Arbeitslose berücksichtigt werden, ferner jugendliche Personen, bei denen längere Arbeitslosigkeit mit Gefahren verbunden ist. Die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht hält die Kommission nicht für ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des Arbeitsmarktes. Dagegen empfiehlt sie die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes, die eine mannigfaltige Initiative auf sich ziehen könnte.

Der zweite Teil des Gutachtens findet in interessierten politischen Kreisen Berlins eine sehr günstige Aufnahme. Das Gutachten hat seinen Grund vor allem darin, daß der zweite Teil noch sehr viel eingehender als der erste in die eigentlichen Probleme der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eindringt. Vor allem aber dürfte das Gutachten geeignet sein, der internationalen Behandlung der Arbeitslosigkeit einen neuen Antrieb zu geben. Natürlich war es, schon wegen der Kürze der Zeit, nicht möglich, zu jedem Einzelproblem bereits erschöpfende Auszüge zu liefern. Das Gutachten beschränkt sich deshalb darauf, die Möglichkeiten zu nennen. Das weitere wird die Aufgabe der zuständigen Stellen sein, denen die Kommission ihr Gutachten vorlegt.

Es bleibt noch hinzuzufügen, daß die Kommission, während das zweite Gutachten noch im Druck war, bereits mit der Beratung des dritten Fragekomplexes, der Arbeitslosenfrage usw., begonnen hat, und auch auf diesem Gebiete so schnell wie möglich zu praktischen Ergebnissen zu kommen, die zur Lösung des bedeutendsten Gegenwartsproblems beitragen.

Um die Zollunion

Einberufung des Kontrollkomitees für Oesterreich
Das Kontrollkomitee der Garantestaaten der österreichischen Wiederaufbauleihe 1923 wurde, einer Meldung seines Vorsitzenden, des Staatssekretärs Broch, zufolge, für den 12. Mai nach Genf einberufen.

Aus Berlin wird dazu berichtet, daß die Aufgabe des Kontrollkomitees lediglich darin besteht, die Rechte der Gläubiger zu wahren und über die Sicherheit der Anleihe zu wachen. Dagegen fällt es nicht unter die Zuständigkeit des Kontrollkomitees, sich mit den rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen zu befassen. Die Sicherheit der Anleihe wird durch den geplanten Zollplan nur erhöht. Die wirtschaftliche Struktur Oesterreichs kann durch das geplante Zusammengehen eher eine Kräftigung erfahren, und schon aus diesem Grunde liegt der Schritt durchaus im Interesse der Gläubiger. Unter diesen Umständen sieht man hier in der Einberufung des Kontrollkomitees lediglich eine Demonstration, die nicht berufen ist, irgendwelche praktischen Folgen zu zeitigen.

Das Zollproblem in der französischen Kammer

Paris, 7. Mai. (Tel.) Heute nachmittag begann in der Kammer die Aussprache über das deutsch-österreichische Zollproblem. Die Zahl der Interpellanten, die bisher sechs betrug, hat sich auf neun erhöht. Es werden interpellieren der Vorherrscher des Zollausschusses der Kammer, der bekannte Abgeordnete Etienne Fougère (Linkrepublikaner), der Professor für Volkswirtschaftslehre, Abg. Rogaro (Radikal), die beiden der Fraktion Maginot angehörigen Abgeordneten Lorin und der blinde Scapini, der radikale Abg. Margaine, der unabhängige Rinté Thibaut und der Kommunist Gashin, sowie Franklin Bouillon.

Die Antwortrede Briands wird erst morgen erwartet. Nach dem „Petit Parisien“ ist eine starke Regierungsmehrheit zu erwarten, jedoch verpöndet die Diskussion einen heißen, wenn nicht sogar bewegten Verlauf zu nehmen. Ministerpräsident Laval werde vor der Abstimmung das Wort ergreifen, um die Solidarität der gesamten Regierung mit Briand und die Einseitigkeit der französischen Politik zum Ausdruck zu bringen.

Letzte Nachrichten

Stimmen zur Weltwirtschaftskrise

Eine Revision „unwirtschaftlicher“ Schulden?
New York, 7. Mai. (Tel.) Die heutigen Morgenausgaben der „New York Times“ und namentlich der „Herald Tribune“ bringen in großer Aufmachung Berichte über englische Bemühungen, die auch von der deutschen Delegation unterstützt würden, um die Formulierung eines Beschlusses fertigzustellen, wonach die Internationale Handelskammer eine Studienkommission zur Revision des Problems „unwirtschaftlicher“ Schulden einsetzen soll. Das Hauptargument für diese Bestrebungen soll nach Ansicht dieser Zeitungen das Mißverhältnis zwischen den Geldverpflichtungen und dem Fall der Warenpreise um 25 bis 30 Prozent sein. „Herald Tribune“ weist darauf hin, daß mit dem Viberstand der französischen Delegation zu rechnen sei.

Amerikanische Zollsenkungsbemühungen

New York, 7. Mai. (Tel.) „New York Times“ meldet heute die Gründung des „Nats für Zollherabsetzung“, einer Organisation, der führende Wirtschaftspolitiker und bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören. Die neue Vereinigung hat an den Präsidenten der Internationalen Handelskammer, Theunis, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, daß sie auf dem amerikanischen Kongress im Sinne einer Zollherabsetzung einwirken werde.

Landwirtschaftsfragen vor der Internationalen Handelskammer

Washington, 7. Mai. (Tel.) Vor der Internationalen Handelskammer wurde als zweite Hälfte des Programms die Not der Landwirtschaft erörtert. Prof. Russell von der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Wisconsin bezeichnete als ein Hauptfordernis die Einschränkung der landwirtschaftlichen Erzeugung, insbesondere des Weizenbaues, auf die Bedürfnisse des einheimischen Marktes. Ein bedrohliches Problem stelle Rußlands Fünfjahresplan und Auslands Entschluß dar, die Anläufe von industriellen Maschinen durch Ausfuhr von Weizen zu bezahlen. Dies sei nicht die einzige Ware, in der die Vereinigten Staaten durch Rußland auf dem Weltmarkt bedroht würden: Rußlands Baumwollproduktion liegt von 41.000 Ballen im Jahre 1921 auf 2 Millionen Ballen 1930 und 1932 würde Rußland keine ausländische Baumwolle mehr zu kaufen brauchen. Andere Länder schützten sich durch Zölle vor der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Deutschland sei hierin am weitesten gegangen. In den letzten 16 Monaten habe Deutschland den Weizen Zoll um über 230 Prozent erhöht, auf das fast Doppelte des Weltmarktpreises. Frankreich habe seinen Weizen Zoll verhältnismäßig noch stärker gesteigert, nämlich um 400 Prozent in vier Jahren, wenn auch der tatsächliche Zoll nur wenig mehr als die Hälfte des deutschen Zolles betrage. Amerika habe genau so gehandelt. Die einzige Hoffnung für die Landwirtschaft sei zur Zeit ein „Moratorium“ für die landwirtschaftlichen Produkte.

Der „Aufruf der Volksbeauftragten“

Feststellungen der Hamburger Polizei
Hamburg, 7. Mai. (Tele.) Zu dem bekannnten Streit um die Echtheit des Stahlhelm-Volksbeauftragten-Flugblattes mit dem „Aufruf der Räte der Volksbeauftragten“ vom 9. November 1918 gedruckt worden sein soll, ist erst 1921 nach Hamburg übergeben. Nach seiner Aussage lief am 18. Februar 1931 bei ihm eine Bestellung des Grundeigentümervereins Hamburg auf 100.000 Flugblätter ein, wozu ein in Schreibmaschine geschriebenes Manuskript eines angeblichen „Aufrufs der Volksbeauftragten“ vom 9. November 1918 vorgelegt wurde. Die 100.000 Exemplare sind in der Geschäftsstelle des Grundeigentümervereins abgeliefert worden. Nach Aussage des Herstellers ist das Flugblatt dann vertrieben worden, so daß es wie ein Exemplar eines Originalauftrags des „Rats der Volksbeauftragten“ wirkte. Damit, so schließen die Mitteilungen der Polizei, sei erwiesen, daß es sich bei dem Flugblatt tatsächlich um eine plumpe Fälschung handelt.

Neues Erdbeben auf Neuseeland

Wellington, 7. Mai. (Tel.) Heute nacht wurde die Bevölkerung des Hawkes-Bay-Distrikts, der im Februar durch ein Erdbeben zerstört wurde, durch eine Reihe von Erdstößen in starke Unruhe versetzt. Die Bevölkerung flüchtete aus den Häusern, deren Einrichtung durch die Erdstöße stark beschädigt wurde, ins Freie.

Der Berliner Gelbbriefträgermörder verhaftet

Der Berliner Raubmörder Reins, der den Gelbbriefträger Schwann ermordet hatte, ist gestern Abend im Hotel „Excelsior“ in Genua, zusammen mit seinen beiden Schwestern verhaftet worden. Seine mit ihm geflohenen zwei Schwestern und seine in Berlin verhaftete Mutter sind anscheinend an dem Mord beteiligt. Die Verhaftung erfolgte dadurch, daß die Reins von Genua aus Telefongespräche mit ihrer Mutter in Berlin zu führen versuchten, wozu die deutsche Polizei die italienische unterrichtete. Reins hat nach längerem Leugnen ein Geständnis abgelegt. Die Auslieferung wird sofort in die Wege geleitet. Bei Reins wurden noch 1740 RM in deutschem Gelde und einiges italienisches und dänisches Geld gefunden. Seine beiden mit ihm geflüchteten Schwestern sind bereits einem vorläufigen Verhör unterzogen worden.

Der Rückgang

der öffentlichen Bautätigkeit

Von Dr. Friedrich Dost

Wenn man vom Bauen spricht, denkt man gewöhnlich in erster Linie an den Wohnungsbaubau. Aber die Wohnungsbauten stellen nur einen, wenn auch bedeutenden Teil der gesamten Bautätigkeit dar. Von den 7 Milliarden Reichsmark, auf die man den Wert der baugewerblichen Produktion im Jahre 1930 zu schätzen pflegt, entfallen etwa 2,8 Milliarden Reichsmark auf den Wohnungsbau, 2,4 Milliarden Reichsmark auf den gewerblichen Bau und 1,8 Milliarden Reichsmark auf die öffentlichen Bauten. Das Verhältnis zwischen diesen drei Zweigen des Bauwesens ist aber keineswegs in allen Jahren gleich. Die oben angeführten Zahlen sind für die öffentliche Bautätigkeit bescheiden ungünstig, weil diese im Jahre 1930 den weitaus stärksten Rückgang erfahren hat. In normalen Jahren pflegt der öffentliche Hoch- und Tiefbau keineswegs hinter den beiden anderen Zweigen des Bauwesens an Umfang erheblich zurückzubleiben; aber während der Wert der baugewerblichen Produktion im Wohnungsbau im letzten Jahre um etwa 20 Proz., der der gewerblichen Bautätigkeit um etwa 11 Proz. zurückgegangen ist, ist das öffentliche Bauwesen um ein volles Drittel zusammengeschrumpft. Hier war der Druck der Wirtschaftskrise am allerstärksten, weil die katastrophale Finanzlage der öffentlichen Hand und ganz besonders der Gemeinden eine Einschränkung der öffentlichen Bauten in einem Umfang erforderlich machte, wie sie sonst früher kaum dagewesen ist.

Die Deutsche Bau- und Bodenbank veranschlagt in ihrem Bericht über die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft im zweiten Halbjahr 1930 die Abnahme der Baugenehmigung im öffentlichen Hochbau seit dem Vorjahr auf 33 Proz. Ebenso wie den Hochbau haben Staat und Gemeinden auch den Tiefbau infolge Mangels an Mitteln erheblich einschränken müssen. Allerdings hat in diesem Zweige der Bautätigkeit das Anschaffungsprogramm der Reichsregierung zu einer Vermehrung der verfügbaren Mittel beigetragen, wodurch wohl die Verminderung des Bauvolumens gemildert worden ist. Aber diejenigen Teile des Tiefbaus, die ihre Aufträge für Verkehrsbauten und Wasserbauten, für Bauten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und für Abwasserregulierung von den Gemeinden oder von den öffentlichen bzw. gemischt-wirtschaftlichen Betrieben erhalten, haben ihre Tätigkeit erheblich verringern müssen. Nur der Straßenbau dürfte ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres verblieben sein. Wenn alles in allem im Rechnungsjahr 1929/30 nach Schätzungen der Deutschen Bau- und Bodenbank rund 2700 Millionen Reichsmark für öffentliche Bauten verausgabt worden sind, so kommen hiervon allein 40 Proz. oder rund 1100 Millionen Reichsmark auf den Straßenbau. Die Mittel, die vorwiegend für den Straßenbau aus Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dem Bauplatz zugeführt worden sind, stammen zu 90 Proz. von den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Bei diesen Straßenbauarbeiten handelt es sich aber in der Hauptsache um Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten; nur etwa ein Fünftel der genannten Beträge wurden für den Neubau von Straßen verausgabt.

Aus der statistischen Übersicht der Bau- und Bodenbank ergibt sich also, daß es vor allem der auf den Gemeinden lastende Zwang zur Einschränkung der Ausgaben für den öffentlichen Hoch- und Tiefbau gewesen ist, durch den der Bauplatz im Jahre 1930 aufs schwerste beeinträchtigt wurde. Es kann aber heute schon übersehen werden, daß auf diesem Gebiete im kommenden Jahre mit einem noch stärkeren Rückgang der Investierungen gerechnet werden muß. So wirkt die Finanznot der Kommunen auf die Bauwirtschaft und damit auf eine der wichtigsten Schlüsselindustrien der deutschen Wirtschaft zurück. Man erkennt aus den genannten Zahlen, daß jede weitere Einschränkung der öffentlichen Bauten, die durch den Einnahmerückgang in den Gemeinden erzwungen wird, einen bedeutungsvollen Teil der Bautätigkeit lahmlegen droht. Die Wohnungsbauförderung des Reichs kann diesen Ausfall um so weniger ausgleichen, als gleichzeitig auch die gewerblichen Bauten der Privatwirtschaft nicht unerheblich abgenommen haben. Für die Bauwirtschaft ist der Bedarf der öffentlichen Hand, sei es in bezug auf den Bau öffentlicher Gebäude, sei es bei der Durchführung von Tiefbauten, sei es auch für den Straßenbau, vielfach von ausschlaggebender Bedeutung. Notleidende Gemeindefinanzen sind daher das größte Hindernis für eine Erholung des Bauplatzes.

Professor Hellpach spricht in Paris. Professor Dr. Will Hellpach, Heidelberg, hielt am Mittwoch im Institut für germanische Forschungen der Pariser Universität in Anwesenheit des deutschen Botschafters v. Goesch, einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag in deutscher Sprache über das Thema: „Staat, Volkstum und Geist in Deutschland seit 1918“.

Der Bau von Wasserstraßen

Mitteilungen des Reichsverkehrsministers

Auf der Tagung des Reichswasserstraßenbeirats in Heidelberg am Dienstag, sprach auch Reichsverkehrsminister von Güterb. Auf die Frage, weshalb in dem Gutachten des Brauns-Ausschusses nicht auch der Bau von Wasserstraßen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgesehen sei, erwiderte der Minister, die Inangriffnahme neuer Wasserstraßen komme nicht in Frage. Es sei Beschränkung auf diejenigen Wasserstraßenbauten geboten, bezüglich welcher Bindungen durch Gesetze oder Staatsverträge vorliegen.

Er habe mit amerikanischen Geldgebern wegen Vergabe von Kapital für den Mittellandkanal verhandelt. Eine Anleihe sei aber zur Zeit auf dem amerikanischen Markt nicht unterzubringen. Wenn der Mittellandkanal aus dem Reichshaushalt herausgenommen werden könne, würde die frei werdende Summe vor allem für die Ober angesehen werden müssen, die spätestens mit der Vollendung des Mittellandkanals eine vollwertige Schiffsfahrtsstraße werden müsse. Weiter sei die Kanalisierung der Mittelweser notwendig, weil aus ihr das Wasser für den Mittellandkanal genommen werden müsse. In Frage komme endlich die Erweiterung des Dortmund-Ems-Kanals, um einer Verdrängung des ganzen Dortmunder Industriegebietes vorzubeugen. Soweit als möglich, müsse auch die Rheberweserregulierung betrieben werden. Über diese Pläne könnten neue Kanäle keinesfalls in Angriff genommen werden.

Aus der Nachrichten

Die 61. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates wurde am Mittwoch, wie gemeldet, in Berlin eröffnet. Reichsernährungsminister Dr. Schiele und der preussische Landwirtschaftsminister Steiger sprachen über die aktuellen Fragen der Agrarpolitik. In einer Entschließung fordert der Landwirtschaftsrat erneut von der Reichsregierung schleunige Maßnahmen zum wirksamen Schutz der Landwirtschaft.

Der Württembergische Landtag hat einen von den Regierungsparteien gestellten Antrag betreffend die Revision des Youngplanes mit allen Stimmen gegen diejenigen der Kommunisten angenommen. Ferner wurde ein Ausschussantrag angenommen, wonach die württembergische Gefandtschaft in München ab 1. April 1933 in Wegfall kommt.

Internationale Hygieneausstellung in Dresden. In Anwesenheit des Vertreters der Reichsregierung, Staatssekretärs Zweigert, des sächsischen Ministeriums und mehrerer Mitglieder des Konsularkorps fand am Mittwoch in Dresden die Eröffnung der internationalen Hygieneausstellung 1931 statt.

Die „Note Fahne“ verboten. Der Berliner Polizeipräsident hat die kommunistische Tageszeitung „Note Fahne“ auf die Dauer von 14 Tagen verboten. Das Verbot ist erfolgt wegen eines Artikels „Zwei Jahre A.-F.-B.-Verbot“, in dem die republikanische Staatsform beschimpft und verurteilt wird.

Das Urteil im Bramstedter Reichsbannerprozess. Im Prozess wegen der Zusammenstöße, die sich am 22. Februar d. J. zwischen Reichsbannerleuten und Kieler Stahlhelmern in Bramstedt ereigneten, wurden, wie aus Neumünster gemeldet wird, zwei Reichsbannerleute zu je drei Monaten, zwei Reichsbannerleute und ein Stahlhelmer zu je zwei Wochen Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt.

Strafverfahren gegen Stadtrat Wege. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat, wie die „Voss. Zig.“ berichtet, gegen den ehemaligen deutschen nationalen Berliner Stadtrat Fris Wege ein Strafverfahren im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied der Berliner Müllabfuhrgesellschaft eröffnet. Stadtrat Wege, der bereits von dem Untersuchungsrichter benommen worden ist, wird vorgeworfen, in seiner Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied persönliche Interessen verfolgt und sich materielle Vorteile verschafft zu haben.

Über die Erneuerung des Rahmentarifes für den Ruhrbergbau wurde am Mittwoch in Essen ein Schiedspruch gefällt, wonach sich der Urlaub bei einer Tätigkeit von mehr als zwei Jahren im Bergbau für dieses Jahr um einen Urlaubstag vermindert. Die Parteien haben sich bis zum 11. Mai 18 Uhr über die Annahme oder Ablehnung zu erklären.

Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ trifft am Mittwoch, den 18. Mai, gegen 7 Uhr früh in Staaten bei Berlin ein und macht dort am Ankerplatz fest. Im Laufe des Nachmittags wird das Luftschiff einen drei- bis vierstündigen Rundflug unternehmen und gegen 6 Uhr auf dem Tempelhofer Flugplatz landen. Nachher wird das Luftschiff nach Staaten zurückfliegen, von wo es nach Lübeck starten wird.

Das Berliner Schwurgericht verurteilte den Artisten Karl Urban wegen Totschlages in Lateintheit mit unerlaubtem Waffenbesitz zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Aus Janina (Griechenland) wird gemeldet, daß die auf Grund zuverlässiger Dokumente unternommenen Ausgrabungen zur Auffindung des berühmten Schates von Ali Pascha, die Skelette von neun Menschen zutage förderten. Es handelt sich offenbar um die Skelette der Arbeiter, welche das Versteck des Schates gebaut haben und auf Befehl Ali Paschas getötet wurden, damit das Geheimnis bewahrt bleibe.

Ein Brand, der vor neun Tagen in einem Petroleumschacht der Sinclair Oil Co. in Gladewater (Texas) im Anschluß an eine Explosion ausgebrochen war, die zehn Arbeitern das Leben kostete, ist jetzt dadurch gelöscht worden, daß man eine Ladung Nitroglycerin zur Explosion brachte, welche die Flamme auslöschte. Die Explosion des Sprengstoffes rief eine erdbebenähnliche Erschütterung hervor.

Geheimrat v. Schubert †. In Heidelberg starb Mittwoch mittags der bekannte frühere Kirchenhistoriker der Universität Heidelberg, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Hans v. Schubert, der erst vor einigen Monaten seinen 70. Geburtstag feiern konnte. Schubert hatte vornehmlich in Straßburg, Kiel und von 1915 bis 1928 in Heidelberg gewirkt. Sein Spezialgebiet war die alte Kirchengeschichte. Viele seiner Schriften sind in Fachkreisen außerordentlich bekannt geworden. Während seiner Kieler Wirksamkeit war Schubert auch im Konsistorium der Provinz Holfstein und dort zum Konsistorialrat ernannt worden.

Verkaufsstellung für junge Künstler in Mannheim. Die Leitung der städt. Kunsthalle Mannheim hat sich entschlossen, künftighin einen Raum im Erdgeschoß der Kunsthalle für monatlich wechselnde Ausstellungen junger Künstler zu reservieren, deren Arbeiten sie damit der Beachtung des kunstliebenden Publikums besonders empfehlen möchte. Diese kleinen regelmäßigen Veranstaltungen sollen neben den eigentlichen Hauptausstellungen, wie sie die Kunsthalle seit Jahren nach bestimmten Grundrissen durchführt, hergehen. — Als erste solche Sonderausstellung zeigt die Kunsthalle vom 6. Mai bis 1. Juni im Oberlichtraum des westlichen Anbaus eine Kollektion von Aquarellen, von Franz Guber, Albesheim, der vor einiger Zeit mit einer Ausstellung in London beträchtlichen Erfolg hatte.

Gesetz über deutsche Wehrfragen

Das wehrlose Deutschland

Am Mittwochabend sprach im Rahmen einer Vortragsreihe der Politischen Gesellschaft an der Universität Freiburg, der Schöpfer der deutschen Reichswehr, Generaloberst a. D. von Seekt, über deutsche Wehrfragen, und die Abrüstungsprobleme.

Mit nüchternem Realismus schilderte von Seekt die trostlose Lage Deutschlands, das im Herzen Europas liegend, fast ohne Schutz und völlig wehrlos, zwischen schwer bewaffneten Ländern liege, die anstatt abzurufen, immer mehr aufrufen. Da Deutschland das Recht auf Sicherheit und Selbstverteidigung hat, wie die anderen Völker auch, muß es von der Abrüstungskommission im kommenden Jahr verlangen, daß die anderen Völker entweder so abrüsten, wie wir es tun mußten, oder die Freiheit für Deutschland gewähren, ebenso wie die anderen zu einem der Größe der geographischen Lage und den besonderen Umständen entsprechenden Rüstungsstandard zu kommen, der unsere Zukunft verbürgt.

Da die erste Forderung utopisch ist, bleibt nur die letztere übrig. Es kommt uns vor allem darauf an, daß man das Prinzip aufstellt, daß wir für unsere Sicherheit allein verantwortlich sind. Das Geiz der Zukunft muß sich vor allem aus einem glänzenden Berufsheer zusammensetzen und einer Truppe, die die Ausbildung des ganzen Volkes übernimmt. Voraussetzung für diese Ideen ist die Ausbildung der Jugend, die alle Strapazen ertragen können muß.

Nordpolfahrt des „Graf Zeppelin“

Zwischen dem Luftschiffbau Zeppelin und der Geacht-Presse ist ein Abkommen getroffen worden, wonach mit dem „Graf Zeppelin“ eine wissenschaftliche Expedition in die Polargegend unternommen wird. Sie soll mit Wilkins, der mit dem U-Boot die bekannte Fahrt durchführte, zusammenkommen und mit ihm am Nordpol zusammentreffen. Es ist beabsichtigt, die Frage zu klären, ob ein Luftschiff das geeignetste Mittel ist, um Forschungs-Expeditionen in der Arktis zu suchen, sie aufzunehmen oder solchen Expeditionen, die bereits unterwegs sind, Nahrungsmittel und Hilfe zu bringen.

„Graf Zeppelin“ wird für den Notfall eine vollständige Polarausrüstung an Bord mitführen. Acht oder neun Wissenschaftler und arktische Forscher, darunter auch eine Frau, nehmen an dem Zuge teil. Deutschland, Amerika, England und die Sowjetunion werden bei diesem Polarfluge vertreten sein. Einfließlich der Besatzung werden wahrscheinlich 45 Personen an Bord des „Graf Zeppelin“ mitfahren. Der Start des Luftschiffes hängt von dem Vorbringen der „Nautilus“-Expedition in Richtung auf den Nordpol ab. Das Luftschiff wird von seiner Basis, dem Franz-Josephs-Land, erst dann starten, wenn der „Nautilus“ sich zwei Lagerorten vom Pol entfernt befindet. Man glaubt, daß dies Mitte Juli der Fall sein wird. William Randolph Hearst finanziert die Expedition.

München-Augsburg elektrisch

Am Montag wurde die Strecke Rannhofen-Augsburg unter elektrischen Strom gesetzt, am Dienstag wurden die ersten Güterzüge mit der elektrischen Lokomotive gefahren. Bis 7. Mai werden diesen Zügen noch als Reserve Dampflokomotiven mitgegeben, dann aber fahren sämtliche Güter- und Personenzüge ausschließlich mit elektrischem Vorprogramm. In acht Tagen, mit Beginn des Sommerfahrplans, werden auch Schnellzüge auf der München-Augsburger Strecke mit elektrischen Lokomotiven gefahren.

Badischer Teil

Ueber den Stand des Preisabbaus in Baden

Das Badische Statistische Landesamt hatte bereits im Januar d. J. eine Erhebung über die Kleinhandelspreise für die wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, in erster Linie über die Lebensmittelpreise, in rund 200 Gemeinden, darunter in allen wichtigeren Industrieorten, veranstaltet, und deren Ergebnis seinerzeit in den Tageszeitungen veröffentlicht. Diese Erhebung hat das Statistische Landesamt Anfang April wiederholt. Dabei hat sich gezeigt, daß der Preisrückgang bei einer ganzen Reihe von Gegenständen auch im ersten Vierteljahr d. J. weitere Fortschritte gemacht hat, wenn auch nicht in dem gleichen Ausmaße wie im letzten Vierteljahr 1930. Allerdings waren bei einzelnen Artikeln die Preisrückgänge festzustellen.

Preisrückgänge erfolgten vor allem bei Fleisch, insbesondere bei Schweinefleisch, und damit im Zusammenhang stehend, bei Schweinefleisch. Auch Rindfleisch ist vielfach billiger geworden; weniger häufig war der Rückgang bei Kalbfleisch. Ebenso ist fast durchweg der Butterpreis zurückgegangen, während der Milchpreis nur vereinzelt in einigen Landorten gesunken ist. Auch die Preise für Hülsenfrüchte, vornehmlich für Speisebohnen und Linsen, die bereits im vorausgegangenen Vierteljahr eine merkliche Senkung erfahren hatten, sind weiterhin zurückgegangen. Desgleichen sind die Eier, der Jahreszeit entsprechend, allgemein billiger geworden.

Der Preis für Schwarzbrot hat in der weitaus überragenden Mehrzahl der Erhebungsgemeinden gegenüber Januar keine Änderung erfahren; in einzelnen Landstädten und kleineren Orten war ein leichtes Anziehen zu beobachten. Verhältnismäßig häufig dagegen ist der Preis für Weizenmehl gestiegen. Auch für Butter sind hin und wieder höhere Preise genannt worden. Daß der Kartoffelpreis im allgemeinen höher war als im Januar, ist wohl auf die Jahreszeit zurückzuführen.

Die übrigen Artikel haben, abgesehen von Bohnenkaffee, der vielfach noch eine weitere Ermäßigung erfahren hat, ihren Preisstand vom Januar d. J. kaum oder nur ganz vereinzelt geändert.

Ferienfonderzugskonferenz in Baden-Baden

Am 6. Mai d. J. hat die 49. Ferienfonderzugskonferenz unter Leitung des Reichsbahndirektionspräsidenten Dr. Moser (Frankfurt a. M.) ihre Beratungen begonnen. Die Ferienfonderzüge werden in diesem Jahre mit 20 Proz. Ermäßigung gegenüber 1930, im Vorjahre gefahren. Im Anschluß an die Vollversammlung werden die Fahrpläne und die für die Züge gültigen Bestimmungen in Gruppenberatungen festgelegt.

63 Millionen Reichsdelder

für den Neckarfanalbau

Im Anschluß an die Tagung des Reichswasserstraßenbeirats in Heidelberg hielt der Gesamtausschussrat der Neckar-A.G. seine Sitzung ab. Hierbei wurde mitgeteilt, daß die Stadt Heilbronn auf Grund eigener Gelder, sowie Darlehen von Württemberg und Baden nicht weniger als 7 Millionen Reichsmark für Kanal- und Hafenanlagen außerhalb der Stadt aufwenden will. Ferner ist bei der Erörterung des Staufenprogramms festgestellt worden, daß das Reich bis jetzt nicht weniger als 63 Millionen Reichsmark für den Neckarfanal gegeben hat, wozu wohl noch einige kleinere Verpflichtungen der Neckar-A.G. kommen; das 13 Millionen Reichsmark betragende Aktienkapital, über das das Reich fast restlos Kontrolle hat, ist in die obige Summe einbezogen. Die vorgesehenen Finanztransaktionen laufen im Grunde darauf hinaus, ganz große Kapitalbeiträge aus jeder Rendite auszuschalten. Im übrigen verdient noch Hervorhebung, daß diese Tagung zugleich Erinnerung war an die jetzt 10jährige Bauzeit am Neckarfanal.

Der elbsächsische Seitenkanal

und die Rheinfischfabrik

In der neuesten Nummer der „Rheinquellen“ beschäftigt sich Dr.-Ing. R. Gelpke in einem Artikel über die „Bedeutung des Hochrheins als wirtschaftliches Bindeglied zwischen Deutschland und der Schweiz“, auch mit den Auswirkungen des ersten Teils des elbsächsischen Seitenkanals, des Kemfener Kanals, für die Schiffahrt. Seine Ansicht ist die, daß dieser auf die Dauer verkehrsunzureichend ist, und daß früher oder später auf der badischen Uferseite für die Schiffahrt eine neue Verkehrsrinne geschaffen werden müsse. Dadurch würden sich natürlich für Oberbaden ganz neue Perspektiven ergeben und die schon früher aufgetauchten Pläne, mit einem Anschlußkanal bis ins Biesental vorzustoßen, würden gar nicht mehr so mährchenhaft aussehen. Dr. Gelpke schreibt u. a.:

„Der Kemfener Seitenkanal hat die wasserwirtschaftliche Doppelaufgabe von Großkraft- und Großverkehrsströmung zu lösen. Da Vorbilder von ähnlichem Ausmaße fehlen, so wird man die Inbetriebnahme des Wehres abzuwarten haben, um sich ein richtiges Urteil über das Funktionieren der einzelnen Teile bilden zu können. Wie dem auch sei, sobald geht aus den Längenabmessungen der Schleusenobjekte hervor, daß es bei Transportanschwellungen schwer halten wird, die Verkehrs-kontinuität zu wahren. So wie die Dinge liegen, ist voraus-zusehen, daß früher oder später ein zweites künstliches Schiff-fahrtsgerinne auf der badischen Uferseite vom Wehrtopf strom-abwärts bis in die Gegend von Rhein zur Ausführung ge-langen wird.“

Die Finanzlage in den Gemeinden

Die neuen Steuern in kleinen und mittleren badischen Städten

Wie wir dem 8. Statistischen Sonderheft des Reichsstädte-bundes entnehmen, haben von 35 badischen Städten mit bis zu 25 000 Einwohnern 17 oder 48,6 Proz. von den durch die Rotverordnungen des Reichspräsidenten geschaffenen neuen Steuermöglichkeiten Gebrauch gemacht, und zwar haben zwei Städte mit bis zu 2000 Einwohnern noch keine der neuen Steuern eingeführt, von 20 Städten mit 2001 bis zu 5000 Einwohnern haben 11 oder 55 Proz. neue Steuern erhoben, von 10 Städten mit 5001 bis zu 10 000 Einwohnern drei oder 30 Proz., sowie drei erfahrene Städte mit 10 001 bis zu 25 000 Einwohnern. Die Einführung der neuen Steuern ist in den badischen Städten mit bis zu 10 000 Einwohnern prozentual geringer, als in den entsprechenden Durchschnittsgruppen, in den größeren Städten dagegen höher.

Vier badische Städte erheben Bürgersteuer, erhöhte Bier-steuer und Getränkesteuer (davon eine die Biersteuer mit dop-pelten Sätzen), sechs Städte Bürgersteuer und erhöhte Bier-steuer (davon eine mit doppelten Sätzen), fünf Städte Bürger-steuer allein sowie zwei Städte die erhöhte Biersteuer allein, so daß in 17 badischen Städten, von denen neue Steuern ein-geführt wurden, 15mal die Bürgersteuer, 12mal die erhöhte Biersteuer und 4mal die Getränkesteuer erhoben wurden.

Für 1931 werden außer den 15 badischen Städten, die die Bürgersteuer erheben, noch 12 weitere diese Steuer einführen, so daß von 35 erfahrene badischen Städte 27 oder 77,1 Proz. die Bürgersteuer für 1931 erheben, und zwar 17 von 20 Städten mit 2001 bis zu 5000 Einwohnern, 7 von 10 Städten mit 5001 bis zu 10 000 Einwohnern sowie die 3 Städte mit 10 001 bis zu 25 000 Einwohnern.

Jugendpflege der Badischen Jugendherbergen

In der verflochtenen Woche waren 10 Herbergsmütter der größten badischen Jugendherbergen auf dem Söhlberg bei Ottenhöfen in der Form eines Schulungstages vereint. Gleich-zeitig sollte diese Zusammenkunft eine Erholungszeit für die Herbergsmütter sein. Unter der Leitung von Frau Haupt-lehrer Härdle, Karlsruhe, wurden alle praktischen und theo-retischen Fragen einer jugendpflegerischen Herbergslleitung ein-gehend durchgesprochen. Es ist dies der erste Versuch dieser Art in Deutschland. Am Ende des Kurses kann man sagen, daß diese neue Form jugendpflegerischer Arbeit sich hervor-zurecht behauptet habe.

Aus der badischen Industrie

Lohnkonflikt bei der Textilfabrik Grobmann, Brombach. In der Textilfabrik Gebr. Grobmann, Brombach bei Urrach, ha-ben sich die seit Monaten schwebenden Lohnverhandlungen nunmehr zu einem offenen Lohnkonflikt gestaltet. Die Firma will bei den Spulerrinnen und Zettlerinnen die Akkordlöhne um 18 bis 24 Prozent kürzen. Da die wiederholten Verhand-lungen mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaften ergeb-nislos verliefen, so hat die Firma nun am 24. April zum 1. Mai sämtlichen Spulerrinnen und Zettlerinnen gekündigt, falls sie nicht zu den gekürzten Akkordlöhnen arbeiten wollen. Gleichzeitig soll auch der Lohnabbau von 5 Prozent durchge-führt werden. Da diese Lohnkürzung als untragbar erklärt wird, so muß mit der Ausperrung am kommenden Montag gerechnet werden, was wiederum zur Folge hätte, daß dadurch die Weber nicht mehr arbeiten könnten und der ganze Betrieb zum Stillstand käme.

Der Reichsverband des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels der in rund 80 Landesverbänden und Verbandsgruppen zu-sammengeschlossen ist, und der mit den ihm angeschlossenen Spezialverbänden seiner Branche über etwa 2000 deutsche Groß-handelsverbände und -firmen der Nahrungsmittel- und ver-wandten Branche verfügt, hält am 15. Mai in Karlsruhe seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Die Beratungen werden vor allem den aktuellen Fragen der deutschen Agrarpolitik und Handelspolitik gelten, zu denen der Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung in Berlin, Prof. Dr. Brandt und der Geschäftsführer im Verein der deutschen Zuckerindustrie, Oberregierungsrat z. D. Scheer, Vorträge übernommen haben.

Gemeinderundschau

Ein Lärmtag im Mannheimer Bürgerausschuß

Eine so unruhige Sitzung, wie die am Mittwoch, hat der Mannheimer Bürgerausschuß noch nicht erlebt. Als zu Beginn die Nationalsozialisten in voller Uniform einmarschierten, wurden sie von dem lauten Gelächter der Linksparteiler begrüßt. Auf der Tagesordnung standen neben kleineren Vorlagen die Änderung der Geschäftsordnung und der Haushaltsplan für 1931. Fast vier Stunden waren erforderlich, um allein die Vorlage auf Änderung der Geschäftsordnung zur Annahme zu bringen. Diese Änderung hat den Zweck, künftig durch besondere Maßnahmen Störungen der Bürgerausschußarbeiten zu verhindern. Ein Antrag, diese Maßnahmen bis zum 31. März 1931 zu befristet, wurde abgelehnt.

Die Kommunisten hatten einige Dauerreden aufgestellt, die durch wiederholte Ordnungsrufe nicht zum Schweigen zu bringen waren, so daß die Sitzung zweimal unterbrochen werden mußte. Auf der Tribüne trat ein Sprecher in Tätigkeit, so daß die Besucher auf Anordnung des Oberbürgermeisters entfernt werden mußten. Später wurde auf eine Abstimmung hin die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Als der dritte kommunistische Redner gegenbehielt, stimmten seine Parteifreunde die Internationale an, worauf die Nationalsozialisten das Gittergitter fingen. Es herrschte ein unbeschreiblicher Lärm im Saal. Die beiden radikalen Parteien verlangten fast stets namentliche Abstimmung und erschwerten durch unangenehme Wortmeldungen zur Geschäftsordnung den Fortgang der Verhandlungen. Mehrmals mußte auch darüber abgestimmt werden, ob Ordnungsrufe des Oberbürgermeisters berechtigt waren oder nicht (1).

Schließlich wurden die Geschäftsordnungsänderungen gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen, desgleichen die Vorlagen betr. Straßensanierung, Aufhebung der Alleenquittung in den neuen Vororten, Erstellung eines Kraftwagenzählens, Bestellung eines stellvertretenden Gemeinderichters und Verwaltung der städtischen Wohnungen.

Die Sitzung am heutigen Donnerstagnachmittag wird Oberbürgermeister Dr. Heimerich mit seiner Stadträte einleiten. Es ist unter Umständen mit langwierigen Beratungen zu rechnen, nachdem die Kommunisten allein über 160 Anträge zum Etat eingebracht haben.

Bürgermeisterwahlen. Der Stadtrat hat die Vorbereitung der Neuwahl des Oberbürgermeisters angeordnet, da am 1. Juli d. J. die Dienstzeit des Oberbürgermeisters Renner abläuft. — In Wieben (Schwarzwald) wurde der bisherige Bürgermeister Felizian Behringer nahezu einstimmig wieder gewählt.

Zwangsetat in Heidelberg. Die Mehrheit des Heidelberger Stadtrates hat es endgültig abgelehnt, dem Vorschlag der Stadt zuzustimmen, obwohl zur Deckung des Fehlbetrages von 800 000 M noch einmal rückwärtslose Streichungen vorgenommen worden waren, die unter anderem auch die Abschaffung jeglichen Zuschusses zum Stadttheater und die Aufhebung des Städtischen Orchesters bringen sollen. Die Bürgersteuer war in vierfacher Höhe vorgesehen. Jetzt wird also der Landeskommissar über den Haushaltsplan zu bestimmen haben.

Forsheim-Ittersbach. Am 28. Januar 1931 stimmte der Bürgerausschuß Forsheim der Vorlage des Stadtrates zu, für die Übernahme der Kleinbahnstrecke Forsheim-Ittersbach. Es soll die Strecke in Zukunft elektrisch betrieben und der Betriebsleitung der Städtischen Straßenbahn Forsheim angeteilt werden. Wesentlich hierfür war, daß die Inbetriebnahme der auf elektrischen Betrieb umgebauten Strecke in aller kürzester Frist erfolgen kann. Dazu waren vierstellige Triebwagen in der denkbar kurzen Zeit von knapp 3½ Monaten zu beschaffen. Diese Triebwagen mit 42 Sitzplätzen auf gepolsterten Quer- und Längsbänken und 56 Stufen, also insgesamt 98 Personen, mit elektrischer Ausrüstung (4 Motoren), für 2 Betriebsstrecken (innerhalb des Stadtgebietes 600 Volt und auf freier Strecke 1200 Volt), mit Luftdruckbremse, Motorkompressor, Luftdruckluftbremse, Luftdruckpfeifensignal, Luftdruckbremse, automatische Mittelpufferkupplung, mit selbsttätiger elektrischer und Bremskupplung, elektrischer Heizung usw., sind, im ganzen betrachtet, ausgerüstet mit allen erforderlichen Apparaten eines neuzeitlichen, vollkommenen Fahrzeuges. Trotz aller Schwierigkeiten haben die beiden hauptbeteiligten Werke (Waggonfabrik Raftat und Siemens-Schuckert-Werke) die Lieferung in der denkbar kürzesten Zeit ermöglicht. Die Triebwagen wurden in der kaum glaublich erscheinenden kurzen Zeit von 71 Arbeitstagen fertiggestellt. Es handelt sich um eine Glanzleistung der beiden beteiligten Werke.

Aus dem Stadtrat Baden-Baden. In der letzten Stadtratssitzung ist beschlossen worden, in Folge des Einnahmenschlusses für den Mai-Verbrauch einen Zuschlag von zehn Pfennig je cbm Wasser zu erheben. Weiterhin ist ein Gemeindeforschlag zur Hundesteuer festgesetzt worden. Der Stadtrat hat sich fernerhin bereit erklärt, an der Vorbereitung, Propagierung und Durchführung eines Trachtenfestes nachdrücklich mitzuwirken.

Das städtische Rheinbad in Rehl ist derzeit zerfallen, daß die Betriebsfähigmachung für einige Jahre 11 000 M erfordert werden, von denen 9000 M schon in diesem Jahre verausgabt werden müßten. Die Errichtung eines Strandbades am ehemaligen Klonierwasserübungsplatz hat der hohen Kosten wegen keine Aussicht auf Ausführung. Die Errichtung eines Strandbades im Vorland des neuen Ringzuges käme, die Genehmigung der Wasserbaubehörde vorausgesetzt, mit auszuführenden Bauten auf der Neumühler Seite auf etwa 55 000 M. Auch von diesem Projekt glaubt der Gemeinderat absehen zu müssen. Jetzt ist ein Plan aufgetaucht, alljährlich Rücklagen zu machen, um nach einigen Jahren ein neues, modernes Rheinbad zu erstellen, das im Rhein aufgestellt werden könnte. Bevor diesem Projekt nähergetreten werden kann, muß erst nach einer zweckmäßigen Aufstellmöglichkeit gesucht werden, gegen die auch die Strombehörde keinen Einspruch erheben wird.

Der Bürgerausschuß Laubenburg genehmigte einen Kredit von 30 000 M zum Weiterbau des neuen Schulhauses, dessen Rohbau seit letztem Herbst fertig ist. Zur Verfügung stehen hierfür 16 000 M Rücklagen und die im Voranschlag bereitgestellte Baugrunderwerbquote von 5000 M. Der Rest wird durch Kapitalaufnahme gedeckt.

Störungen auf der Albtalbahnstrecke. Infolge elektrischer Überspannungen, wie sie im Frühjahr zeitweise auftraten, sind Störungen im Kraftwerk und der elektrischen Oberleitung der Albtalbahn eingetreten, die gestern und heute empfindliche Störungen im Zugverkehr verursacht haben.

Die Albt über die Afer getreten. Ein Gewitter mit starken Regenfällen ging heute nacht gegen 3 Uhr über die Göttinger Gegend nieder. Der Regen hält weiter ununterbrochen an, so daß die Albt ihr Bett überschreitet. Die Wasserhöhe in Göttingen hat bereits den Hochwasserstand von 1919 überschritten. Gegen 11 Uhr ergab sich die Notwendigkeit, die Feuerwehr für den Wasserdruck zu alarmieren, da das Wasser weiter im Steigen begriffen ist.

Aus der Landeshauptstadt

Der Fremdenverkehr in der Stadt Karlsruhe. Im 1. Vierteljahr 1931 wurden in Karlsruhe 25 854 Fremde gemeldet. Das bedeutet einen nicht unerheblichen Rückgang des Fremdenverkehrs gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 2914 und gegenüber 1913 um 3320 Personen. Von den Fremden waren 1797 (6,95 Proz.) Ausländer (1930: 6,43 Proz.), von denen 1233 (68,6 Proz.) in Hotels übernachteten. Der gesamte Ausländerverkehr hat gegenüber dem 1. Vierteljahr 1930 nur um 53 abgenommen, der reichsdeutsche aber um 2861. Übernachtungen sind 45 551 gemeldet (gegenüber 52 698 im 1. Vierteljahr 1930), und zwar 32 741 von den Hotels, 12 457 von den Herbergen usw., und 353 von den Privatpensionen. Der Rückgang der Aufenthaltsdauer um 7147 Nächte verteilt sich fast hälftig auf Hotels und Herbergen. Bei dieser Darstellung ist zu beachten, daß das 1. Vierteljahr 1930 einen Rekordbesuch aufzuweisen hatte. Im übrigen werden wir in diesem Jahre infolge weiterer Verminderung des Wohlstandes in unseren Volksteilen mit einem erheblichen Rückgang des Inlandsverkehrs rechnen müssen.

Keine Getränkesteuer für Karlsruhe. Da der ursprüngliche Nachtragsset zurückgezogen wurde, mit dem die Forderung auf Einführung der Gemeindegetränkesteuer verbunden war, ist nun auch nicht mehr mit deren Einführung zu rechnen. Das geht aus dem Bericht des Bürgerausschußes am Montag ohne Nachtragsset zur Diskussion.

Zum Muttertag am kommenden zweiten Maijontag erlassen der Diözesanverband der katholischen Müttervereine der Erzdiözese Freiburg und der Evangelische Frauenverband für Innere Mission einen gemeinsamen Aufruf zur **Strahlenumarmung** für das Muttererholungswochenende. Es heißt darin: „Muttertag“ heißt der zweite Sonntag im Mai. Eigentlich sind sie alle Muttertage, die Tage vom 1. Januar bis 31. Dezember, aber Mutter-Arbeitstage. Wieviele Nächte mit Nachwachen schliefen sich an die Arbeit an. Die gute Mutter wird nie arbeitslos, auch wenn alle anderen Familienglieder erwerbslos dastehen. Kein Wunder, daß die Kräfte gerade der besten Mütter so früh verbraucht werden. Der Ruf nach Muttererholungswochenenden, nach Mutterferien geht durchs Land. Seit Jahren haben die untergeordneten Verbände ihn gehört und ein großes Muttererholungswochenende im stillen durchgeführt. Die Not der Zeit droht dieses Werk für die Liebsten des Volkes zu beeinträchtigen. Der Muttertag 1931 soll die Mittel weiter beschaffen. Das Ministerium des Innern hat eine Sammlung auf allen Straßen genehmigt. Die ganze Bevölkerung wird aufgerufen, der Pflicht für die Mutter zu gedenken. Jeder hat einer Mutter zu danken, jeder gebe am Muttertag seine Gabe zum christlichen Muttererholungswochenende!“

Unregelmäßigkeiten im Lebensmittelhandel. Nach dem soeben veröffentlichten Bericht der Verwaltungspolizei über ihre Diensttätigkeit wurden im vergangenen Monat bei den angeforderten Milchproben 24 Vergehen gegen das Milchgesetz festgestellt. — In 200 Lebensmittelgeschäften, 15 Metzgereien und 25 Bäckereien wurden Kontrollen veranstaltet und dabei 34 Verordnungen borgenommen. — Ein andermal mußte gegen einen Wirt eingeschritten werden, weil er seine Burkschilde gleich als Wäschschilde benutzte. Gegen eine Anzahl von Gewerbetreibenden wurde Strafanzeige wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Ferner gelangten 57 Gewerbetreibende wegen anderer Zuwiderhandlungen gegen wirtschafliche und gewerbliche Gesetze und Verordnungen zur Anzeige. Darunter ein Metzger wegen unzulässiger Wettbewerbs, weil er Kuhfleisch als Rindfleisch ausgegeben und verkauft hat.

Das Karlsruher Schwurgericht verurteilte am Mittwoch den Goldschmidt Johann Schöder-Schöndel wegen gewerbsmäßiger Verbreitung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, der Kettenredner Adolf Gohweiler aus Rietzen wegen verführerischer Verbreitung und Beihilfe zu 5 Monaten Gefängnis, die verurteilte Emma Gengenbach aus Rietzen wegen verführerischer Verbreitung und Beihilfe zu 8 Wochen Gefängnis und die Ehefrau Gohweiler aus Forsheim wegen Verführerischer und vollendeter Verbreitung zu 7 Wochen Gefängnis.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. von Mittwoch morgen: Ein Tiefdruckausläufer ist von Südwesten herangezogen und hat uns reichlich Verschlechterung gebracht. Der Eindruck maritimer Luft erfolgte daher bereits heute nacht in Begleitung von heftigen Regenschauern und Gewittern. Innerhalb fünf Stunden gingen dabei bis zu 80 Liter Regen pro Quadratmeter nieder. Das Wetter wird jetzt wieder unbeständig bleiben. **Wetterausichten:** Unbeständig, zeitweise Gewitterregen und mild, bei südwestlichen Winden.

Wasserstände: Badstut 292 minus 5, Bafel 106 minus 7, Schaffersinsel 170 minus 7, Rehl 313 minus 3, Maxau 499 minus 3, Mannheim 415 minus 8, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 6. Mai. In der „Neuen Badischen Landeszeitung“ berichtet ein Mitarbeiter dieses Blattes, daß er gestern Abend in der Nähe des Wasserturmes von etwa 20 Nationalsozialisten überfallen und mißhandelt worden sei.

D3. Bruchsal, 6. Mai. Um die Anwartschaft zur Arbeitslosenversicherung zu erlangen, legte ein Bauhändler aus Neuborf dem Arbeitsamt eine selbstgefälschte Arbeits- und Krankenversicherungsbescheinigung über sechs vericherungspflichtige Beschäftigungsstage vor. Die Fälschung wurde entdeckt, nachdem die Unterfertigung bemittelt und zum großen Teil zur Auszahlung gekommen war. Diese schwere Urkundenfälschung im Zusammenhang mit Betrug brachte dem Mann eine sechsmonatige Gefängnisstrafe ein.

bid. Freiburg, 6. Mai. Dr. Bernhard Billinger, der deutsche Teilnehmer der Wilkins-Expedition nach dem Nordpol, hat seine Heimatstadt Freiburg heute abend in Begleitung seiner Gemahlin verlassen. Zum Abschied hatten sich auf dem Bahnhof viele hunderte von Freunden und Bekannten eingefunden, die dem beliebten Arzt und bekannten Sportsmann zum letzten Male die Hand drücken wollten.

bid. Donaueschingen, 7. Mai. In der Nacht auf Donnerstags ereigneten sich auf der Baar zwei Brände durch Brandstiftung. In Reudingen fiel die große Scheune des Landwirts E. Geinemann vermutlich einem Nachsetz zum Opfer. Schon vor einigen Tagen wurde nachts ein Brand in der Scheune des Bürgermeisters Hauger verübt. Der Brandschaden beläuft sich auf 40 000 M. In großer Gefahr befanden sich die benachbarten Gebäude. Der zweite Brand ereignete sich fast um dieselbe Zeit in Sundhau. Dort brannte das Anwesen des Landwirts Adolf Haug vollständig nieder, während die Frau allein zu Hause war. Der Mann liegt zur Zeit in der Freiburger Klinik. Die finanzielle Lage der betreffenden Familie wird als sehr schlecht geschildert. Auch hier vermutet man Brandstiftung. Der Brandschaden beträgt etwa 10 000 Reichsmark.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. Mai		6. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.46	168.80	168.52	168.87
Kopenhagen 100 Kr.	112.31	112.53	112.59	112.51
Italien . . . 100 L.	21.965	22.005	21.965	22.005
London . . . 1 Pfd.	20.404	20.444	20.402	20.442
New-York . . 1 D.	4.1945	4.2025	4.1950	4.2030
Paris . . . 100 Fr.	16.391	16.431	16.394	16.434
Schweiz . . . 100 Fr.	80.815	80.975	80.795	80.975
Wien 100 Schilling	59.005	59.125	59.02	59.14
Prag . . . 100 Kr.	12.427	12.447	12.428	12.448

Der Mannheimer Hafenverkehr im April

Der Wasserstand auf dem Rhein wie auf dem Neckar war auch im April recht günstig und ermöglichte volle Abladung, auf dem Oberrhein sogar bis Rehl-Strasbourg. Er schwankte nach dem Mannheimer Pegel auf dem Rhein zwischen 449 und 359 Zentimeter und auf dem Neckar zwischen 450 und 361 Zentimeter. Leider fehlten auch in diesem Monat die Frachten, um diesen günstigen Wasserstand auszunutzen.

Der Gesamtumschlag betrug 337 104 Tonnen (im Vorjahr 531 041), im Vormonat 369 255 Tonnen. Gegenüber dem Vormonat weniger 32 151 Tonnen. Es entfielen auf den Rhein in der Ankunft 222 Güterboote und 513 Schleppfähre mit 260 753 Tonnen, im Abgang 213 Güterboote und 519 Schleppfähre mit 53 188 Tonnen, auf den Neckar in der Ankunft zwei Güterboote und 66 Schleppfähre mit 14 865 Tonnen, im Abgang zwei Güterboote und 83 Schleppfähre mit 8300 Tonnen. Der in vorstehenden Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiffen zu Hauptschiffen betrug 51 051 Tonnen.

Auf den Handelshafen entfielen: Ankunft 139 860 Tonnen, Abgang 46 688 Tonnen; auf den Industriehafen entfielen: Ankunft 54 526 Tonnen, Abgang 9599 Tonnen; auf den Rheinhafen entfielen: Ankunft 81 732 Tonnen, Abgang 5219 Tonnen.

Von den wichtigsten Güterarten entfielen auf Kohlen 130 031 Tonnen, Getreide 38 821 Tonnen, Holz 5206 Tonnen, Kies und Sand 11 616 Tonnen, Salz 29 816 Tonnen, Mehl 13 207 Tonnen, Benzin und Erdöl 17 758 Tonnen, Lein- und Ölfaat 12 525 Tonnen, Zement 5469 Tonnen, Roheisen 2733 Tonnen. Auf dem Neckar sind 25 direkte und zwei Lokalschleppzüge zu Berg abgegangen.

An Gütermagazinen wurden gestellt:

im Handelshafen	10 628 10-Tonnen-Magazine,
im Industriehafen	6770 10-Tonnen-Magazine,
im Rheinhafen	7880 10-Tonnen-Magazine.

Als Neuheit ist zu erwähnen, daß im Berichtsmonat erstmals zwei französische Kanalschiffe mit Ladung von Paris in Mannheim löschten.

Kaß & Klump, Gernsbach. In einer in Baden-Baden abgehaltenen, gut besuchten Gläubigerversammlung der Holzgroßhandlung Kaß & Klump i. L., Gernsbach, wurde, der „N. Bad. Landeszeit.“ zufolge, Bericht erstattet über die Abwicklung des Vergleichs. Am 1. August 1930 ist ein Teil des Vermögens in die mit einem Aktienkapital von 2,5 Mill. Reichsmark gegründete Aktiengesellschaft eingebracht worden. Die Gläubiger erhielten 1,5 Mill. Aktien, was einer Quote von 15 Proz. entsprach. Darüber hinaus ist bis jetzt eine Vorauszahlung von 10 Proz. erfolgt. Während man ursprünglich mit einer Quote von mindestens 60 Proz. rechnete, ergibt sich jetzt, daß höchstens mit einer solchen von 38 Proz. gerechnet werden kann, und zwar mit einer Zuführung von 400 000 M Aktien aus dem Besitz der Familie Kaß und einer weiteren Ausschüttung von 8 Proz., wovon evtl. 2 Proz. am 1. Juli abgeführt werden. Nach einem per 24. März 1931 aufgestellten Status ergibt sich bei 8,34 Mill. Reichsmark Schulden eine Überschuldung von 6 286 172 M. In dem Vergleich nehmen teil 6,60 Mill. Reichsmark Bank- und Giroverpflichtungen, 812 588 M. Lieferantenforderungen. Für Ausfälle und Schadenersatzansprüche wurden 510 770 M. zurückgestellt. Gegenüber dem früheren Status ergibt sich eine Erhöhung des Verlustes um mehr als 1,5 Mill. Reichsmark, entstanden durch Betriebsverluste, Handlungsunkosten, Debitorenausfälle und Verfahrensunkosten. Die Kaß & Klump AG., hat im ersten halben Jahr ihres Bestehens mit Erfolg gearbeitet. Sie weist nach rund 76 000 M. Abschreibungen und Rückstellungen einen Reingewinn von 24 457 M. aus.

Nachener und Münchener Feuer-Vericherungs-Gesellschaft. Der Jahresbericht für das 106. Geschäftsjahr 1930 führt u. a. aus: Der krisenhafte Niedergang der deutschen Wirtschaft im Jahre 1930 brachte auch fühlbare Folgen für das Versicherungsgeschäft. Die Abgänge stiegen stark an, zumal vielfach die Kleingewerbetreibenden und auch Privatleute die — wenn auch kleinen — Prämienbeträge nicht mehr aufbringen konnten. Im großhandwirtschaftlichen Geschäft ging außerdem eine Reihe von Versicherungen durch Aufteilung großer Güter verloren, während uns die Versicherungen der angelegten Kleinfelder durch zwangsweise Zuführung zu den öffentlichen Anstalten entzogen wurden. Im Überevergeschäft, vor allem in dem für uns wichtigen Südamerika, machte sich die Gleichgewichtsstörung der Weltwirtschaft hauptsächlich in heftigen Erschütterungen der Währungsverhältnisse bemerkbar. Es gelang trotz der schwierigen Umstände, die alsbald eingeleiteten Maßnahmen zur Kostenreduktion bereits im laufenden Jahre in der Gesamtsumme, wie prozentual, zur Auswirkung zu bringen. Die von der Generalversammlung des Jahres 1930 beschlossene Kapitalumstellung und Kapitalerhöhung auf zwanzig Millionen Reichsmark, eingeteilt in 20 000 Aktien zu je 1000 M., unter Gewährung der Einzahlung aus den Mitteln der Gesellschaft ist bis auf einen ganz verschwindenden Rest noch nicht erhaltener Aktien durchgeführt. Der Schadenverlauf im Jahre 1930 war im ganzen wesentlich günstiger als in dem allerdings besonders schadenreichen Vorjahre. Das Feuerversicherungsgeschäft hatte in seiner Entwicklung besonders unter den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden. Das Schadenverhältnis war bei unserer Gesellschaft, trotzdem die Witterung, sowohl des Winters als auch des Sommers, für die Versicherung günstig war, nicht viel besser als im Vorjahre. Dazu kam, hauptsächlich in den Herbstmonaten, eine Steigerung der Schäden in der Landwirtschaft, die überhaupt schlecht abschnit, sowie eine Anzahl industrieller Großschäden. Die vor einigen Jahren in Deutschland eingeführte Feuerversicherung hat bisher eine besondere Entwicklung nicht genommen. Im Einbruchdiebstahlversicherungsgeschäft zeigte sich infolge der zunehmenden Einbrüche und Beraubungen eine steigende Versicherungsanfrage, die in einer stärkeren Zunahme der Prämienentnahme ihren Ausdruck fand. Andererseits nahmen auch die Schadenfälle zu. In der Aufbruchversicherung war die Nachfrage nach entsprechendem Schutz groß; doch haben wir uns nur mit Vorzicht an diesem Geschäft beteiligt. Das Unfall- und Haftpflichtversicherungsgeschäft hat sich weiter zufriedenstellend entwickelt.

Pfälzische Mühlenwerke AG, Mannheim. In der Aufsichtsratsitzung am Mittwoch wurde beschlossen, der am 29. Mai stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem Bruttoertrag eine Dividende von 8 Proz. gleich 400 000 RM zu verteilen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Ziffer 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 79) wird die in Karlsruhe erscheinende Tageszeitung „Der Führer“ mit Wirkung vom heutigen auf die Dauer von zwei Wochen verboten. Das Verbot auf die Dauer von zwei Wochen verbietet, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz angesehen ist.

Karlsruhe, den 7. Mai 1931.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann

Badische Landesbibliothek

Zugangsauswahl

Oktober 1930 bis März 1931

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Landesbewohner kostenlos benutzt werden. Die Zuleitung geschieht kostenfrei; die Rückführung zahlt der Entleiher. Die Landesbibliothek umfasst die wichtigsten Zweige der Wissenschaft, schließt aber enge Fachschriften und bloße Unterhaltungsbücher aus. Die auf Baden bezüglichen Schriften werden möglichst vollständig gesammelt und deshalb hier nur ausnahmsweise

angeführt. — Die Einfindung solcher Schriften ist willkommen. — Die Badische Landesbibliothek umfasst jetzt 295 150 Bände.

V.

S. Fremde Literaturen.

Dante, Die göttl. Komödie. Hbf. in Verginen von Bozmann. 1928. B. Gottschall, Die sprichwörtlichen Redensarten der französi. Sprache. 1930. S. Hecht und R. Schilling, Die engl. Literatur im Mittelalter. 1927. F. W. Horn, Gesch. der Literatur des skandinav. Nordens. 1890. O. Kegenbogen, Herodot und sein Werk. 1930. J. J. Rousseau, ses amis et ses ennemis. Correspondance publiée par G. Streifen-Moulton. 1865. P. R. Saftin, Die russische Literatur. 1931.

T. Kunst.

J. A. Beringer, Emil Lugo. 1912. J. Bier, Tilmann Niemannsneider. 1930. G. A. Bühler, Das innere Gesetz der Farbe. 1930. G. E. Busse, Hans Adolf Bühler. 1931. G. Dehio, Geschichte der deutschen Kunst. 1930. G. Gropp, Das Schwäbinger Schloss zu Anfang des 18. Jahrh. 1930. J. Günzburger, Medaillen badischer Künstler, Wallfahrtsorte und anderer geistl. Institute. (1930). Klassiker der Kunst. 86. Giob. Bellini. Gg. von Gg. Gronau. 1930. F. Kimm, Der Kaiserdom zu Speyer. 1930. G. Ludenbach, Kunst und Geschichte. 1926. G. Rodenwaldt, Die Akropolis. 1930. G. Tiemann, Beiträge zur Geschichte der mittelh. Plastik um 1500. 1930. Gg. Wenda, Der Jahrmarkt. Eine komische Oper. Gg. von Th. W. Werner. G. Warkowich, Die Musikerfamilie Bach. 1930. Anneliese Vandau, Das einstm. kirchliche Kontrabasskreuzer. 1930. D. Paul, Deutsche Metrik. 1930. Elsa Reger, Mein Leben mit und für Max Reger. 1930. D. Schroeder, Grundriß der griechischen Bergeschichte. 1930. E. Koch, Melodielehre. 1923. Klingende Weisen. Lieder für Gesang oder Chor. Gg. von P. Sturm.

1930. B. Weigel, Führer durch die katholische Kirchenmusik der Gegenwart. 1930.

U-X. Land- und Forstwirtschaft. Technik. Verkehr.

Deutsches Bauernium. 7. Das Weingeseß von 1930, bearb. von A. Fröhen. 1930. Grete Finter, Rationalisierungsprobleme in der dt. Milchwirtschaft. 1930. F. Gerle, Untersuchungen über Bienenzucht. 1930. F. Geisse, Verwertung der Hauptenergieerzeugnisse und die Bodennutzung in den deutschen Wirtschaftsgebieten. 1930. J. Keiper, Pfälzische Forst- und Jagdgeschichte. 1930. G. Löwentrop, Bauernschulung. 1930. Moorbesiedlung in Vergangenheit und Zukunft. Gg. von Albes. 1920. Wellendorff, Die Weidewirtschaft. 1930. G. v. Zahn, Der Kampf mit dem Urwald. Rede. 1929.

B. Bucerus, Die technische Führung des Handwerksbetriebs. 1930. R. Hennig, Weltluftverkehr und Weltluftpolitik. 1930. W. Hennig, Rheinischfälische und Rheinlandbesetzung. 1930. Vor 10 Jahren. Erinnerungen an die Verreichlichung der dt. Staatsbahnen. Gg. von Stielor. 1930. F. Kaiser, Die Handelskammer für den Kreis Freiburg i. Br. und ihre Vorgänger. Festschrift. B. Krämer, Gesch. des Steintohlenbergbaues zu St. Ingbert. 1930.

Y. Heer. Weltkrieg.

B. Fladt, Freiburger Ehrenbuch des Weltkrieges. 1930. Geschichte des bayerischen Heeres. VIII. Von 1867 bis 1914. Von E. Frauenholz. E. Homann-Verlag. Die Kohlenverföhrung in Österreich während des Krieges. 1925. R. Hoffe, Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkriege. 1930. A. Kemme, Novemberverbrecher. 1930. Schlachten des Weltkrieges. 36. Thilo v. Voße und Konr. Herrmann, Die Katastrophe des 8. August 1918. 1930. Der Weltkrieg 1914-1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. VII. Die Operationen des Jahres 1915. 1931. (Nachdruck ganz oder teilweise erwünscht.)

Zum Muttertag empfehlen wir:

Pralinen

- offen, 1/4 Pfd. RM. 0,20 0,22 0,25
- Stollwerck-Corona-Mischung Packung RM. 0,80
- Stollwerck-Gold-Guts Packung RM. 1,00
- Stollwerck-Rheinkrone Packung RM. 1,50
- Mauxion-Rotfein Pckg. RM. 0,80
- Trumpf-Silber-Pralinen Packung RM. 0,50
- GEG-Edelkost Pckg. RM. 0,85

Schokolade-Herzen mit Pralinen-Füllung Stück 0,80

besten Fabrikate, wie Waldbauer, Eszet, Mauxion, Trumpf, Stollwerck, Bensdorf L. 190

Schokolade

Neu eingeführt:

- Cailler-Schokolade i. Blockform 1/2 Pfund RM. 0,70
- Katzenzungen von Waldbauer zu RM. 0,40
- Katzenzungen, GEG. RM. 0,35 0,65

Bonbons

in verschiedenen Sorten und Füllungen 1/4 Pfund RM. 0,20 0,24 0,25 0,35

Warenabgabe nur an Mitglieder!

Lebensbedürfnisverein

Badisches Landestheater

Freitag, den 8. Mai 1931
* F 24 (Freitagmiete)
Th.-Gem. 1401-1500

Jar und Zimmermann
Komische Oper von Vorhagen
Dirigent: Srips
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Hanzl, Burt, Gosbach, Kainbach, Kiefer, Rentwig, Ritschl, Schoepflin, Schuster, Sittan

Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise C (1-7 RM)

Offenburg, R. 442
Vereinsregisteramt
Band I S. 477 D.-S. 87:
Athletik Sportverein „Viktoria“, Uffelfen.
Offenburg, 4. Mai 1931.
Amtsgericht III.

Umtausch der Aktien der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabrik vorm. Gebr. Kaiser in Kaiserslautern in Aktien der Maschinenfabrik Gröner Aktiengesellschaft in Durlach.

In der am 10. April 1931 stattgefundenen Generalversammlung der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabrik vorm. Gebrüder Kaiser in Kaiserslautern ist die Fusion mit unserer Gesellschaft beschlossen worden. Wir haben uns laut Fusionsvertrag verpflichtet, als Gegenleistung für die Vermögensübertragung den Aktionären der Kaiser AG für je nom. 1500 RM. Kaiser-Aktien je nom. 800 RM. unserer Stammaktien mit Dividendenschein ab 1. Januar 1931 zu gewähren. Der Fusionsbeschluß der Kaiser AG ist in das Handelsregister eingetragen worden.

Wir fordern nunmehr gemäß § 305 Abs. 3 und § 290 HGB. die Aktionäre der von uns übernommenen Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabrik vorm. Gebrüder Kaiser auf, ihre Stammaktien mit Dividendenschein 1930/31 und folgende zum Umtausch in Aktien unserer Gesellschaft nach Maßgabe folgender Bestimmungen eingureichen:

I. Die Einreichung der Aktien soll bis zum 31. August 1931 (einschl.) erfolgen, und zwar

- in Karlsruhe: bei der Darmstädter und Nationalbank, Filiale Karlsruhe, der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe, und dem Bankhaus Beil & Somburger,
- in Kaiserslautern: bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Kaiserslautern,
- in Berlin: bei der Darmstädter und Nationalbank und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft,
- in Frankfurt a. M.: bei der Darmstädter und Nationalbank, Filiale Frankfurt a. M., und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M.,
- in Mannheim: bei der Darmstädter und Nationalbank, Filiale Mannheim, und bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Mannheim.

II. Gegen nom. 1500 RM. Stammaktien der Kaiser AG mit Dividendenschein 1930/31 folg. wird 1 Stammaktie der Gröner AG je nom. 800 RM. mit Dividendenschein 1931 folg. ausgegeben.

III. Die Kaiser-Aktien sind mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldebchein eingzureichen. Anmeldebcheine sind bei den obengenannten Stellen erhältlich. Über die zum Umtausch eingereichten Aktien wird auf dem Anmeldebchein Quittung erteilt, gegen die nach drei Wochen die Gröner-Aktien bei derjenigen Stelle, welche die Quittung erteilt hat, ausgereicht werden. Der Umtausch der Aktien ist, sofern die Ausreichung am Schalter der vorgeannten Banken erfolgt, provisionsfrei. Wird der Umtausch im Wege der Korrespondenz veranlaßt, so wird die übliche Provision in Ansatz gebracht. Soweit der einzelne Aktionär die zum Umtausch benötigte Anzahl Kaiser-Aktien nicht besitzt, sind die Umtauschstellen bereit, den An- und Verkauf von Kaiser-Aktien zu besorgen.

IV. Die nach Ablauf der oben erwähnten Frist nicht eingereichten Kaiser-Aktien werden für kraftlos erklärt. Das gleiche gilt in Ansehung eingereicherter Aktien, welche die zum Umtausch in Gröner-Aktien erforderliche Zahl nicht erreichen und unserer Gesellschaft nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt sind. Die an Stelle der für kraftlos erklärten Aktien auszureichenden Gröner-Aktien werden für Rechnung der Beteiligten zum Börsenpreis verkauft.

Durlach, den 6. Mai 1931.
Gröner-Kaiser Aktiengesellschaft
(vorm. Maschinenfabrik Gröner AG.)

FORMULARE

u. sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. BRAUN GMBH.

vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14 u. 18, Tel. 952-54

Uachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1930.

A. Vermögen:		B. Verbindlichkeiten:	
	RM		RM
Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital	14 000 000,—	Aktienkapital	20 000 000,—
Grundbesitz	7 062 436,28	Reservefonds (§ 262 G.B.G., § 37 B.A.G.)	2 000 000,—
Hypotheken und Grundschuldforderungen	1 546 073,96	Prämienüberträge	7 337 085,57
Schuldscheinforderungen gegen öffentl. Körperschaften	160 000,—	Schadenreserven	4 143 048,69
Wertpapiere	6 572 677,10	Prämienreserven für Unfall- u. Haftpflichtversicherung	34 113,47
Beteiligungen an ander. Versicherungsunternehmen	6 720 307,49	Sonderrücklage für unvorhergesehene Fälle	5 255 006,39
Guthaben bei Bankhäusern	6 200 547,26	Dividenden-Ergänzungsfonds	328 866,08
Guthaben bei anderen Versicherungsunternehmen aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr	1 807 839,23	Grundbesitz-Entwertungsfonds	2 542 477,06
Rückständige Zinsen	942 696,76	Aufwerterungs-Reserve	385 563,42
Außenstände bei Generalagenten bzw. Agenten	2 844 373,86	Guthaben anderer Versicherungsunternehmen aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr	1 478 111,88
Rassenbestand einschl. Postfischguthaben	183 040,96	Rückstellung für Steuern und Rückbeiträge	397 248,72
Inventory und Drucksachen	1,—	Gemeinnütziger Fonds	401 952,90
Saldi verschiedener Abrechnungen	207 164,94	Dividenden-Rückstände	2 075,—
		Hypothekenschuld	103 422,30
		Saldi verschiedener Abrechnungen (u. a. Rücklage für Pensionszwecke)	1 159 570,74
		Gewinn	2 678 616,63
	48 247 158,85		48 247 158,85

Karlsruhe, den 7. Mai 1931.

Der Vorstand:
Spans.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Wir werben für Sie!